



GdP Thüringen

Nr.: 02/2012

Datum: 06.01.2012

GdP fordert mehr Weihnachtsgeld

Weihnachten haben wieder viele Politiker die Dienststellen der Thüringer Polizei besucht. Alle waren voll des Lobes für die gute, schwere und gefährliche Arbeit der Polizei und würdigten diese als wichtigen Beitrag für das Gemeinwohl.

Gute Wünsche haben die Beschäftigten schon viele erhalten und auch vor Dank können sie sich kaum retten. Anders sieht das schon aus, wenn es um die materiellen Verhältnisse der Polizeibeamten geht. Gerade erst hat der Landtag die Übertragung des Tarifergebnisses für die Beamten auf Vorschlag der Landesregierung um jeweils ein halbes Jahr verschoben.

Im Beamtenversorgungsgesetz, welches am 01.01.2012 in Kraft getreten ist, wird nicht nur die Altersgrenze der Polizeibeamten um 2 Jahre für den mittleren und gehobenen Dienst bzw. um 4 Jahre für den höheren Dienst angehoben, man streicht den Beamten mit einer vorgezogenen gesetzlichen Altersgrenze auch das Übergangsgeld, mit dem die Nachteile der früheren Zuruhesetzung ausgeglichen werden sollen. Mit dieser Sparmaßnahme trifft man nur Polizisten, Feuerwehrleute und Justizvollzugsbeamte, also diejenigen, die einen besonderen Beitrag für das Gemeinwohl und das Funktionieren des Staates leisten.

Die Politiker sollten ihren Worten auch Taten folgen lassen. Der Bund hat es vorgemacht. Seit 01.01.2012 erhalten die Bundesbeamten wieder mehr Weihnachtsgeld. Das ist dort übrigens auch in die Grundgehaltstabelle eingearbeitet und wird auf die 12 Monate aufgeteilt, wie in Thüringen.

Wir fordern die Landesregierung und den Landtag auf, diesem Beispiel zu folgen und die Grundgehaltstabelle auch in Thüringen entsprechend zu ändern. Oder sollten dem Freistaat etwa seine Beamten weniger Wert sein als dem Bundestag und der Bundesregierung die Bundesbeamten?

Der Landesvorstand

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Thüringen Juri-Gagarin-Ring 153, 99084 Erfurt
Telefon: (0361) 59895 – 0 Telefax: (0361) 59895 - 11